

POSITIONSPAPIER

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)

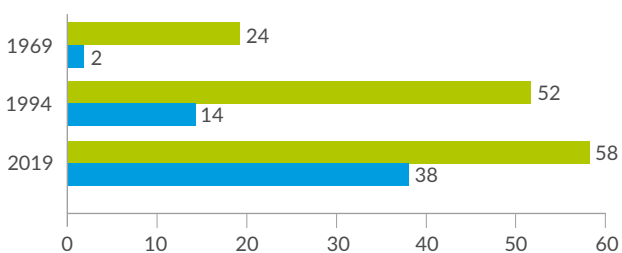
Die freie Entscheidung im Fokus

Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheit und ein selbstbestimmtes Leben ohne Zwang, Diskriminierung und Gewalt. Dies umfasst auch das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen und frei über Sexualität und Kinderzahl zu entscheiden. Für viele Menschen existieren diese Rechte jedoch bis heute nur auf dem Papier. Dabei könnten Millionen Leben gerettet, Armut reduziert und nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden, wenn diese Rechte umgesetzt würden, die man oft unter sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (SRGR) zusammenfasst.

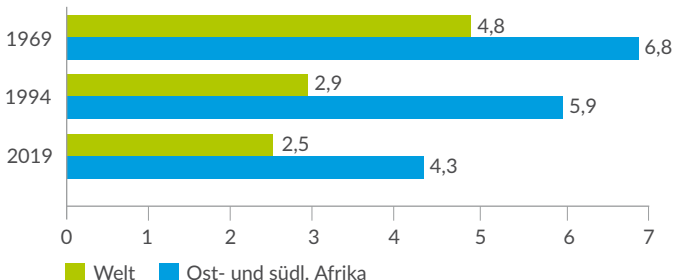
Im Jahr 1994 verabschiedeten 179 Regierungen bei der Weltbevölkerungskonferenz (ICPD) in Kairo ein Aktionsprogramm, das die sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie die reproduktiven Rechte jedes Menschen in den Mittelpunkt der Bevölkerungspolitik stellte.¹ Dieser Paradigmenwechsel – weg von demografischen Zielvorgaben hin zur Ermöglichung freier individueller Entscheidungen – legte auch den Grundstein für die Verankerung von SRGR in der Agenda 2030.²

INDIKATOREN SEXUELLER UND REPRODUKTIVER GESUNDHEIT

Anteil der verheirateten Frauen (15 bis 49 Jahre), die moderne Verhütungsmittel anwenden



Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau



Grafiken: DSW | Quelle: UN-Weltbevölkerungsbericht 2019

SRGR und die Agenda 2030

Im September 2015 beschlossen die Vereinten Nationen 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und ihre Umsetzung bis 2030.³ Aus ihnen ist die sexuelle und reproduktive Gesundheit nicht wegzudenken: Die Müttersterblichkeit soll gesenkt (SDG 3.1), die HIV-Epidemie beendet (SDG 3.3) sowie der universelle Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung in nationalen Programmen umgesetzt werden (SDG 3.7). Darüber hinaus soll es für alle Menschen grundlegende Gesundheitsdienste geben, zu denen auch Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit zählen (SDG 3.8).

Auch die reproduktiven Rechte wurden in die SDGs aufgenommen (SDG 5.6). Wegen des Widerstands konservativer Staaten wurden hingegen weder sexuelle Rechte noch das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch aufgenommen, obwohl unsichere Abtreibungen eine der Hauptursachen für die weiterhin hohe Müttersterblichkeit sind.

Die SDGs greifen auch Probleme auf, die besonders junge Menschen betreffen: Schädliche Praktiken wie Kinderehen, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung sollen beendet werden (SDG 5.3), ebenso Gewalt und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern (SDG 5.2).

Basierend auf dem Kairoer Aktionsprogramm und der Agenda 2030 hat 2018 eine internationale Expert*innen-Kommission eine integrierte Definition von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten vorgelegt, der sich auch die DSW anschließt:

» Sexuelle und reproduktive Gesundheit ist ein Zustand des körperlichen, emotionalen, geistigen und sozialen Wohlbefindens in Bezug auf alle Aspekte der Sexualität und Reproduktion, nicht nur das Fehlen von Krankheit, Dysfunktion oder Gebrechen. Ein positiver Umgang mit Sexualität und Reproduktion sollte daher die Rolle von befriedigenden sexuellen Beziehungen, Vertrauen und Kommunikation bei der Förderung des Selbstwertgefühls und des allgemeinen Wohlbefindens anerkennen. Jede einzelne Person hat das Recht, Entscheidungen über den eigenen Körper zu treffen und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die dieses Recht unterstützen. «

1 ICPD Programme of Action (1994): www.unfpa.org/sites/default/files/event-pdf/PoA_en.pdf 2 Siehe Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2015): www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf 3 ebd. 4 Gutmacher Lancet Commission (2018): Fortschritt beschleunigen. Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte für alle, www.gutmacher.org/sites/default/files/page_files/fortschritt-beschleunigen-kurzfassung.pdf

JEDE VIERTE FRAU in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die nicht schwanger werden möchte, **hat keinen Zugang zu modernen Verhütungsmitteln.**

Dieser ungedeckte Bedarf führt jedes Jahr zu:

Wäre der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln gegeben, würden diese Zahlen jeweils um rund drei Viertel sinken:

89 MILLIONEN

ungewollten Schwangerschaften.

Das entspricht 43 Prozent aller Schwangerschaften in diesen Ländern.

» » » **22 MILLIONEN**

30 MILLIONEN

ungewollten Geburten.

» » » **7 MILLIONEN**

48 MILLIONEN

Schwangerschaftsabbrüchen – die Hälfte davon unter unsicheren Bedingungen.⁵

» » » **12 MILLIONEN**



Herausforderungen und Potenziale für Entwicklung

Viele der gesundheitlichen Vorteile von SRGR liegen auf der Hand: So gehen insbesondere die Zahlen von ungewollten Schwangerschaften zurück. Zudem können sexuell übertragbare Krankheiten besser vermieden, diagnostiziert und behandelt werden.

Gleichzeitig trägt SRGR zu einer Vielzahl positiver ökonomischer und sozialer Entwicklungen bei. So ist es z. B. Jugendlichen eher möglich, eine Schulbildung und einen Abschluss zu erlangen, wenn sie eine ungewollte Schwangerschaft vermeiden können. Später haben sie mehr Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und können ihren

sozialen und politischen Wirkungsradius in ihren Gemeinden erweitern. Chancengleichheit und Selbstbestimmung über den eigenen Körper bedeuten zudem eine geringere Mütter- und Kindersterblichkeit. Ältere, besser gebildete Mütter haben gesündere Kinder, die bessere Chancen auf ein gutes Leben haben.

Auf gesellschaftlicher Ebene trägt der Zugang zu SRGR auch zur Stärkung des Status von Frauen, einer Verlangsamung des Bevölkerungswachstums sowie zur Reduktion von Armut bei. Besonders Investitionen in die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Mädchen können die allgemeine Gesundheit, Chancengleichheit und ökonomische Situation einer ganzen Generation verbessern.



YOUTH CAN!

Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

DSW youth can

Die 2018 veröffentlichte Studie „Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte“ untersucht, in welchem Umfang sich die Bundesregierung in den Bereichen Gesundheit, Sexualaufklärung und Gleichstellung der Geschlechter für junge Menschen engagiert und welcher Handlungsbedarf besteht.

Sie ist abrufbar unter: www.dsw.org/publikationen

Das Engagement der Bundesregierung

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit trägt seit Jahrzehnten dazu bei, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu stärken. Die DSW hat dieses Engagement in der 2018 veröffentlichten Studie „Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte“ analysiert.⁶ Aus dieser Untersuchung geht hervor, dass Deutschland in absoluten Zahlen eines der wichtigsten Geberländer für SRGR ist. Allerdings ist der Anteil der bilateralen Mittel, die in diesen Bereich fließen, in den letzten Jahren leider gesunken.

Das wichtigste Instrument, mit dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) SRGR derzeit stärkt, ist die BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“. Ihr Ziel ist es, „den Gebrauch moderner Verhütungsmittel zu erhöhen und dazu beizutragen, dass jede Schwangerschaft gewünscht ist und professionell begleitet wird.“⁷ Bis 2023 sollen 100 Millionen Euro pro Jahr für bilaterale Projekte in diesem Bereich vergeben werden.

Zudem unterstützt das BMZ den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und die *International Planned Parenthood Federation* (IPPF). Deutschland hat sich außerdem der *SheDecides* Initiative angeschlossen, deren Ziel es ist, mehr Bewusstsein für SRGR zu schaffen, unter anderem auch um die Finanzierungslücke in diesem Bereich zu schließen.

Forderungen der DSW

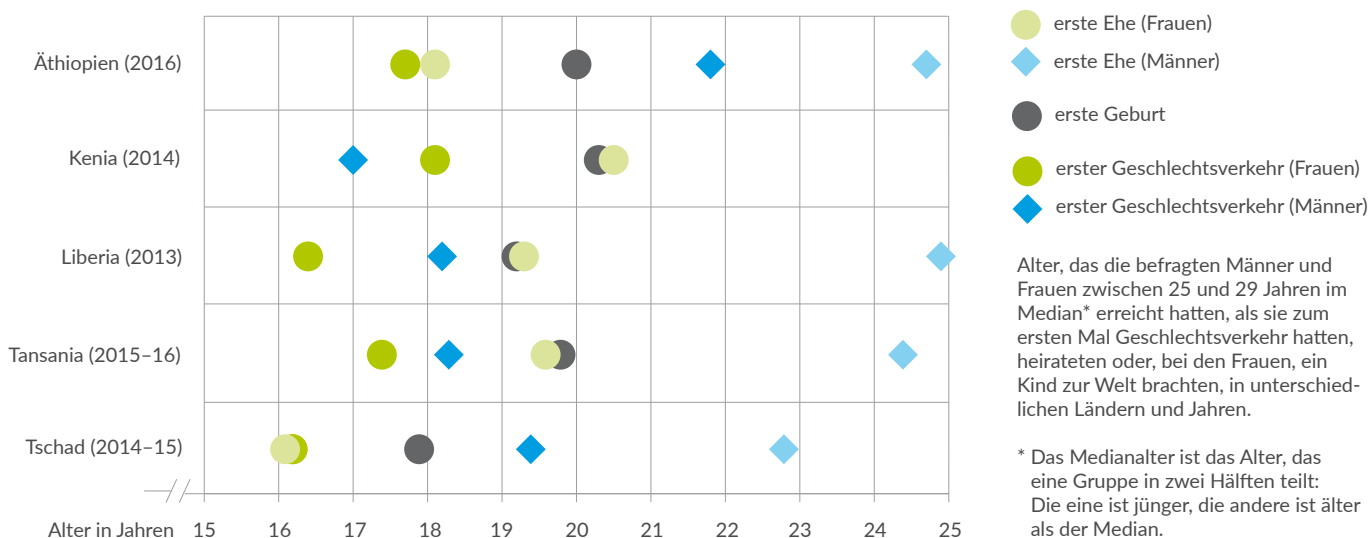
In Anbetracht der riesigen Herausforderungen und der Bedeutung von SRGR für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) sollte Deutschland jedoch noch weit mehr tun, damit jede*r Jugendliche aufgeklärt, jede Schwangerschaft gewollt und jede Geburt sicher ist.

Wir fordern daher die Bundesregierung und den Bundestag auf,

- die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen und diese Mittel unter anderem in SRGR zu investieren.
- bei Regierungen der Partnerländer stärker als bisher SRGR anzusprechen und auch über den Gesundheitsbereich hinaus für die Zusammenarbeit vorzuschlagen.
- die BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ auszubauen und mit mindestens 150 Millionen Euro pro Jahr fortzusetzen. Hierbei sollte das BMZ Jugendliche stärker in den Fokus nehmen.
- die deutschen Beiträge an UNFPA und IPPF weiter zu erhöhen.
- innovative Ansätze im Bereich der umfassenden Sexualaufklärung weiterzuführen und auszuweiten.

FRÜHER BEDARF AN FAMILIENPLANUNG

Männer gehen im Schnitt deutlich später eine Ehe ein als Frauen – in keinem der in der Studie erhobenen Länder vor dem 22. Geburtstag. In fast allen Ländern haben große Teile der weiblichen Bevölkerung in diesem Alter bereits mindestens ein Kind zur Welt gebracht.



Grafik: aus „Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte“ | Datengrundlage: DHS

⁶ Berlin Institut, DSW (2018): Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte: www.dsw.org/wp-content/uploads/2018/02/BI-Studie_Youth-Can_2018_web.pdf ⁷ BMZ (2015): BMZ-Initiative Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit: https://health.bmz.de/what_we_do/Reproductive-maternal-and-child-health/policies_and_concepts/BMZ_Initiative_FP_MH/BMZ-Initiative-FP-MH-GER_.pdf



Wie die Vereinten Nationen den Begriff sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte definieren

Reproduktive Gesundheit ist laut der Definition, auf die sich die Staaten 1994 in Kairo einigten, ein Zustand des vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens – und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit oder Gesundheitsproblemen – in allen Angelegenheiten, die das menschliche reproduktive System betreffen. Dies beinhaltet auch die Fortpflanzung, über die jeder Mensch frei entscheiden können soll. Daher hat jeder Mensch ein Recht, sexuell aufgeklärt zu werden und sichere, wirksame, erschwingliche und für sich akzeptable Verhütungsmethoden zu verwenden.

Auch das Recht, Gesundheitsdienste zu nutzen, die eine sichere Schwangerschaft und Entbindung ermöglichen, wurde als Teil der reproduktiven Gesundheit definiert. Jede Schwangere soll die bestmöglichen Voraussetzungen haben, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass jedem Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben möglich sein soll. Reproduktive Gesundheit umfasst zudem auch die sexuelle Gesundheit.⁸

Sexuelle Gesundheit ist laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Zustand des physischen, emotionalen, geistigen und sozialen Wohlbefindens in Bezug auf Sexualität. Auch hier ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheiten gemeint. Sexuelle Gesundheit setzt vielmehr voraus, dass Menschen positiv und respektvoll mit dem Thema Sexualität und sexuellen Beziehungen umgehen. Jeder Mensch soll zudem die Möglichkeit haben, angenehme und gefahrlose sexuelle Erfahrungen sammeln zu können, frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt. Um sexuelle Gesundheit zu erlangen und zu erhalten, müssen die sexuellen Rechte aller Menschen respektiert, geschützt und umgesetzt werden.⁹

Reproduktive Rechte erkannte die Staatengemeinschaft erstmals bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo an. Sie leiten sich aus den Menschenrechten ab. Dazu gehört das Recht jedes Menschen, frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob, wann und wie viele Kinder man bekommen möchte. Einzelpersonen und Paare sollen alle dafür notwendigen Informationen und Mittel haben und ein Höchstmaß an sexueller und reproduktiver Gesundheit erreichen können. Diese Rechte sollen die Basis für alle Familienplanungsprogramme sein, zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen und auch Jugendlichen Aufklärung und Dienstleistungen zugänglich machen, die sie benötigen, um positiv mit ihrer Sexualität umzugehen.¹⁰

Auch die Möglichkeit zu haben, eine Schwangerschaft abzubrechen, gehört zu den reproduktiven Rechten.¹¹ Laut dem Kairoer Aktionsprogramm sollen Schwangerschaftsabbrüche nicht als Mittel der Familienplanung gefördert werden. Doch dort, wo sie legal sind, sollen sie laut Aktionsprogramm sicher sein.

Sexuelle Rechte sind im Kairoer Aktionsprogramm und in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung nicht enthalten. Bisher ist es der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen, sich auf eine Definition der sexuellen Rechte zu einigen. Das hängt damit zusammen, dass sexuelle Rechte Aspekte berühren, die viele Staaten nicht akzeptieren wollen, obwohl sie sich aus den Menschenrechten ableiten. Laut WHO gehört hierzu das Recht, die eigene Sexualität einvernehmlich mit dem*der Partner*in frei von Diskriminierung und ohne gesundheitliche und rechtliche Risiken leben zu können – unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung. Zudem sollte jeder Mensch frei darüber entscheiden können, ob, wann und mit wem er eine Ehe eingehen oder eine Familie gründen möchte. Auch die körperliche Unversehrtheit, insbesondere die Freiheit von Genitalverstümmelung und geschlechtsbasierter Gewalt und der Schutz vor Frühverheiratungen ist Bestandteil sexueller Rechte.¹²

Verbindungsbüro: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) · Alexanderstr. 1 · 10178 Berlin
Tel.: +49 30 2400069-0 · Fax: +49 30 2400069-22 · berlin@dsw.org · www.dsw.org

4

⁸ Für den genauen Wortlaut der Definition siehe Artikel 7.2 des Kairoer Aktionsprogramms: www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/programme_of_action_Web%20ENGLISH.pdf ⁹ Siehe die Definition der WHO: www.who.int/reproductivehealth/topics/sexual_health/sh_definitions/en/ ¹⁰ Für den genauen Wortlaut der Definition siehe Artikel 7.3 des Kairoer Aktionsprogramms: www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/programme_of_action_Web%20ENGLISH.pdf ¹¹ Siehe unter anderem Committee on Economic, Social and Cultural Rights, General comment No. 22 (2016) on the right to sexual and reproductive health (article 12 of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights): <http://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=4slQ6QSmIBEDzFEovLCuW1a0Szab0oXTdlmsJZZVQfQejF41Tob4CvljeTIAP6sGFQktiae1vlbbOAEkmaOwDOWsUe7N8TLm%2BP3HJPzjHySkUoHMavD%2Fpyfcp3YlZg> ¹² WHO: www.who.int/reproductivehealth/topics/sexual_health/sh_definitions/en/